

Forderungen der Studi-VV

Forderungen der studentischen Vollversammlung der Technischen Universität Berlin

FfF TU Berlin (eingetragene studentische Vereinigung)
Straße des 17. Juni 135
10623 Berlin

Berlin, den 18.06.2019

1. Wir, die Studierenden der TU Berlin, solidarisieren uns mit den Forderungen der Fridays for Future Bewegung, d.h. der Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens und des 1,5°C-Ziels. Für Deutschland bedeutet dies explizit:

- Nettonull 2035 erreichen
- Kohleausstieg bis 2030
- 100% erneuerbare Energieversorgung bis 2035

Entscheidend für die Einhaltung des 1,5°C-Ziels ist, die Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich stark zu reduzieren. Deshalb fordern wir bis Ende 2019:

- Das Ende der Subventionen für fossile Energieträger
- 1/4 der Kohlekraft abschalten
- Eine Steuer auf alle Treibhausgasemissionen. Der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen muss schnell so hoch werden wie die Kosten, die dadurch uns und zukünftigen Generationen entstehen. Laut UBA sind das 180€ pro Tonne CO₂

Wir fordern die TU Berlin und sämtliche ihr angegliederten Institutionen auf, sich ebenfalls öffentlich mit den Forderungen der Fridays for Future Bewegung zu solidarisieren und die Studierenden innerhalb der Klimabewegung zu bestärken. Dazu gehört die Ermöglichung der nachteilsfreien Teilnahme an den Freitagsstreiks aller Studierenden sowie Mitarbeitenden der Universität.

2. Die TU Berlin soll alle erhobenen Umweltinformationen unmittelbar, zusammengetragen und insbesondere übersichtlicher und proaktiver, als es bisher durch den Umweltbericht der Fall ist, an die Studierendenschaft übermitteln und öffentlich verfügbar machen. Dazu soll die Erhebung aller bisher nicht erfassten klimarelevanten Informationen vorangetrieben werden indem dem SDU (Sicherheitstechnische Dienste und Umweltschutz) genug finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere soll die TU Berlin die Umweltinformationen um die Emissionen, die durch Reisetätigkeiten von Universitätsmitarbeitenden verursacht werden, ergänzen. Die umfassende Informierung der Studierendenschaft über die Klimabilanz der Universität ist Grundlage für einen transparenten und demokratischen Prozess hin zu einer klimaneutralen Universität. Die Erhebung und Informierung soll bis spätestens Ende 2019 erfolgen und jährlich aktualisiert werden.

3. Wir fordern die TU Berlin und sämtliche ihr angegliederten Institutionen auf, schnellstmöglich Klimaneutralität zu erreichen. In diesem Sinne soll auf Grundlage der Informationen (siehe 2.) ein verpflichtender Handlungsplan mit konkreten Verantwortlichkeiten partizipativ mit der Studierendenschaft, z.B. studentischen Initiativen, bis Ende 2019 erstellt werden. Erste Schritte zur Realisierung, wie z.B. Divestment, sind unverzüglich einzuleiten, konsequent umzusetzen sowie die Belange des Klimaschutzes über die ökonomischen Belange zu stellen. Der Stand der Zielerfüllung soll jährlich überprüft und veröffentlicht werden. Die TU verpflichtet alle Kooperationspartner (Universitäten, Unternehmen, ...) sich den Klimazielen zu verpflichten und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Bisherigen Partner, die dies nicht erfüllen muss nach spätestens zwei Jahren die Zusammenarbeit gekündigt werden. Das Studierendenwerk soll die Subventionierung klimaschädlichen Essens (z. B. Tierprodukten) stoppen.

4. Wir fordern eine gesamt-ökologische Ausrichtung der TU Berlin. Dies bedeutet unter anderem, dass die Klimakrise und deren Lösungsmöglichkeiten einen essentiellen Aspekt des Studiums in allen Studiengängen der TU Berlin darstellen sollen. Dies bedeutet explizit ein fakultätsspezifisches verpflichtendes Modul, welches die Klimakrise thematisiert und die Berücksichtigung der Klimakrise in sämtlichen Studieninhalten hinsichtlich der individuellen Verantwortung und den Lösungsansätzen der Fachrichtung. Ein wichtiges Augenmerk sollte dabei auch die interdisziplinäre Vernetzung und der kritische Austausch sein. Wir fordern den Ausbau eines dauerhaften und kostenfreien Bildungsangebotes an der Universität im Bereich der Klimawissenschaften für Studierende sowie Nicht-Studierende. Dies gilt besonders im Zuge der Aktionswoche ab dem 20.09.2019. Eine Auseinandersetzung mit dem Klimawandel impliziert auch eine Auseinandersetzung mit sozialen ökonomischen Themen wie die kapitalistische Leistungsgesellschaft, Ausbeutung des globalen Südens, Rassismus, Sexismus, Klassismus und weiteren unmittelbar mit dem Klimawandel verknüpften Themenfeldern. Daher sollte ein verpflichtendes Angebot von Wahlpflichtmodulen in diesem Themenspektrum existieren und erarbeitet werden. Die Universität muss einen verantwortungsvollen Menschen ausbilden.

5. Wir fordern den Berliner Senat auf, die Erkenntnisse des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) Sonderberichts, der im Herbst des vergangenen Jahres veröffentlicht wurde, zur Gänze anzuerkennen und dementsprechend Maßnahmen, wie z.B. die finanzielle und institutionelle Förderung von klimaneutraler Mobilität anstelle von motorisiertem Individualverkehr, zu ergreifen. Dazu zählt finanzielle langjährige Förderung sozial-ökologischer Forschung, Ziel soll sein, dass wir das 1,5°C-Ziel in jedem Fall erreichen bei 100 % CO₂-Neutralität. Alle notwendigen Maßnahmen diesbezüglich soll das Bundesland Berlin auch im Bundesrat konsequent vorantreiben.

6. Wir fordern das Präsidium der TU Berlin auf spätestens zwei Wochen nach Beschluss der Forderungen mit der Studierendenschaft der TU Berlin in offene Verhandlungen zu treten. Bei Nichteinhaltung der Verhandlungen oder bei offensichtlicher Kooperationsverweigerung fordert die Studierendenschaft den unverzüglichen Rücktritt des gesamten Präsidiums.